

# RAUS AUS DEN Schulden!



## Sonstige Beschlüsse

des 47. JU NRW-Tages  
am 24. und 25. November 2012 in Bocholt

## **Neue Ideen in JU und CDU umsetzen – unsere Partei fortentwickeln**

Die Junge Union versteht sich als Motor der christdemokratischen Politik. Deshalb sehen wir uns auch in der Verantwortung zur regelmäßigen Fortentwicklung unserer Partei. Einige Strukturen unseres CDU Landesverbandes sind nach der Vereinigung der Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe nicht mehr angepasst bzw. weiterentwickelt worden.

Sich ändernde gesellschaftliche Verhältnisse und Anforderungen der Mitglieder und Bürger machen dies jedoch dringend notwendig. Das bezieht sich auf unsere Junge Union und macht vor unserer Mutterpartei, der CDU, nicht halt.

Deshalb wollen wir klare Forderungen formulieren, die auf dem Beschlusspapier der Jungen Union Nordrhein-Westfalen von 2010 aus Wipperfürth aufbauen: „Die Zukunft der CDU als moderne Volkspartei“.

### **1.1 Allgemein: Kleinere Gremien ermöglichen konstruktives Arbeiten.**

Jeder Vorstand soll effektiv arbeiten. In Gremien, in denen über 30 gewählte Mitglieder sitzen und in denen noch einmal mindestens genauso viele Kooptierte angehören, ist dies nicht möglich. Das zeigen alle praktischen Erfahrungen. Deshalb muss es erklärtes Ziel sein, Vorstände klein zu halten und Aufgaben klar zu (ver)teilen.

### **1.2 Konkret: Verkleinerung des Landesvorstandes der CDU Nordrhein-Westfalen.**

Wir fordern eine deutliche Verkleinerung des CDU-Landesvorstands. Z.Zt. gehören dem erweiterten Vorstand ca. 80 Mitglieder an – das sind entschieden zu viele. Als Vorbild für eine funktionierende Vorstandsgröße kann die Junge Union Nordrhein-Westfalen dienen. So könnte zukünftig die Anzahl der Stellvertreter von fünf auf drei, und die Anzahl der Beisitzer von 31 auf 15 im CDU-Landesvorstand reduziert werden. Das Interesse an der Sache muss dabei über das Interesse von Personalposten gestellt werden.

### **2.1 Allgemein: Parteitage neu strukturieren.**

Parteitage sollen interessant, öffentlichkeitswirksam und ergebnisorientiert sein. Sie sollen die Möglichkeit zur aktiven Teilhabe durch Mitglieder oder Delegierte bieten – ohne jemanden auszuschließen. Parteitage sollen in einem ansprechenden Rahmen und dennoch kostengünstig stattfinden. Es ist schwierig diese Anforderungskriterien immer allumfassend zu erfüllen. Dennoch ist es möglich grundsätzliche Voraussetzung dafür zu schaffen.

### **2.2 Konkret: Richtlinien für straffe Landesparteitage aufstellen.**

Parteitage sollen geregelt und zügig ablaufen, dazu soll die Tagesordnung gestrafft werden. Nur so kann das Wesentliche im Mittelpunkt stehen. Schlimmstenfalls schlagen sich die Mitglieder einen ganzen Tag um die Ohren und gehen abends entnervt nach Hause ohne von einem Mehrwert des Tages berichten zu können. Dem soll entgegengewirkt werden. Wir fordern die Aufstellung von Richtlinien für künftige Landesparteitage. Diese sollen u.a. eine Redezeitbegrenzung für den Landes- und den Fraktionsvorsitzenden vorsehen. Ebenso sollen vor- und zwischengelagerte Punkte, wie Andachten und Grußworte, die nicht im direkten Zusammenhang mit dem Parteitag stehen, zeitlich auf ein angemessenes Maß eingeschränkt werden. So kann z.B. auch Vertretern gesellschaftlicher Verbände die Möglichkeit eines schriftlichen Grußworts gegeben werden.

### **2.3 Konkret: Noch mehr Sparpotential bei Landesparteitagen.**

Kosten können auf vielfältige Weisen gesenkt werden, dazu braucht es nur ein wenig Kreativität. Wir begrüßen es, dass schon zuletzt auf günstigere Veranstaltungsorte geachtet wurde. Weitere Potentiale liegen z.B. darin wiederverwendbare Bühnenbilder zu schaffen. Ebenso können die Unterlagen anders aufbereitet werden. Nicht immer muss so viel Papier verschwendet werden. So könnte man z.B. die Unterlagen vorab per Mail verschicken und ggf. abfragen wem dies reicht. Weitergehend könnte man versuchen mit entsprechenden Unternehmen über ein Leihsponsorship von Digital Readern auf Parteitag für alle Delegierten zu verhandeln – zukunftsweisend und einfach.

### **2.4 Konkret: Niemanden von Landesparteitagen ausschließen.**

Es gibt viele Möglichkeiten jemanden von Parteitag auszuschließen oder zumindest die Teilhabe zu erschweren. Es gibt einfache Lösungen um dem entgegenzuwirken. So fordert die Junge Union z.B. eine ständige Kinderbetreuung auf Landesparteitagen, um auch Eltern nicht abzuhalten. Gerade die CDU als die Familienpartei Deutschlands sollte sich dies auf die Fahne schreiben. Ebenso sollte auch an die Mitglieder gedacht werden, die zuhause sitzen. Die Bereitstellung eines Livestreams ist in der heutigen Zeit keine komplexe und teure Angelegenheit mehr und sollte selbstverständlich angeboten werden. Die Möglichkeiten des Internets müssen noch besser und attraktiver genutzt werden.

### **2.5 Konkret: Über Gutes soll auch von den Mitgliedern berichtet werden.**

Um Landesparteitage der CDU NRW noch besser zu vermarkten ist ein Livestream ein gutes Mittel. Aber auch die Ressource der anwesenden Teilnehmer sollte nicht ungenutzt bleiben. Viele Delegierte verfügen über Zugänge zu sozialen Medien und sollten diese nutzen um über die Parteitage zu berichten. Über entsprechende Endgeräte verfügen sie bereits meist. Um die Nutzung zu fördern sollte möglichst ein öffentliches W-Lan aber auch eine ausreichende Anzahl von Steckdosen angeboten werden.

### **3.1 Allgemein: Personalplanung ändern.**

Im Zuge der aktuellen Kassenlage, Kampagnenfähigkeit und Mitgliederentwicklung muss ein Umdenken in der Personalplanung der CDU NRW stattfinden.

### **3.2 Konkret: Personal der Kreisgeschäftsstellen besser einsetzen.**

Viele Aufgaben die heutzutage von den einzelnen CDU-Kreisgeschäftsstellen geleistet werden, könnten effizienter und kostengünstiger zentralisiert durchgeführt werden. So fordern wir die Zusammenlegung von Aufgaben wie z.B. Buchhaltung und ZMD-Verwaltung auf Bezirks- oder gar Landesebene. Dennoch sollte mindestens ein Mitarbeiter pro Kreisverband beibehalten werden, um vor Ort handlungsfähig zu bleiben und bürgernah zu arbeiten.

### **3.3 Konkret: Auf eigene Kreativitätspotenziale zurückgreifen.**

Die Erfahrungen der letzten Wahlkämpfe zeigen, dass die beauftragten Werbeagenturen der CDU NRW nur ungenügende Arbeit geleistet haben. Sinnvoller wäre es auf den Input der eigenen Mitgliedschaft zu setzen. Außerdem sollte die Einstellung eines eigenen Grafikers in Betracht gezogen werden, da dies zum einen eine mittelfristige Kostenersparnis gegenüber den Agenturen bedeutet und da somit auch kurzfristig auf tagesaktuelle politische Entwicklung schnell reagiert werden kann.

#### **4.1 Allgemein: Parteistruktur verbessern.**

Es ist gut, dass die CDU eine vielfältige Partei ist, die auch unterschiedlichen Interessen in Form ihrer Vereinigungen eine Heimat bietet. Dennoch darf sie sich nicht verzetteln und sollte, wo sinnvoll, ihre Ressourcen einen.

#### **4.2 Konkret: Klarer Markenkern, Parallelstruktur vermeiden.**

Die Interessensvertretung von Studenten und Schülern ist sehr sinnvoll und muss auch weiterhin abgedeckt werden. Allerdings sollten Parallelstrukturen vermieden werden. So ist die Junge Union, als die größte politische Jugendorganisation der freien Welt, ganz natürlich Vertreter Jugendlicher und junger Erwachsener. Deshalb fordern wir eine klare Marke und ein eindeutiges CI statt einer Markendiversifikation.

#### **5.1 Allgemein: Frauen ehrlich stärken.**

So hieß bereits ein Abschnitt des 2010er Leitantrags der Jungen Union NRW. Da die Diskussion rund um die Beteiligung und Berücksichtigung von Frauen in Parteien und Unternehmen immer noch anhält, wollen wir unsere Meinung festigen: Ziel muss es sein, mehr Frauen für die Arbeit in der CDU und damit auch zwangsläufig für die Übernahme von Ämtern in der Partei zu gewinnen.

#### **5.2 Konkret: Das Frauenquorum abschaffen.**

Das sogenannte Frauenquorum erfüllt seinen Zweck nur ungenügend und kann sogar als kontraproduktiv angesehen werden. Wir fordern daher die Abschaffung des Frauenquorums. Denn wir sehen dadurch nicht eine Stärkung sondern Schwächung unserer weiblichen Mitglieder. Erfolgreiche Frauen werden unter den Generalverdacht gestellt nur aufgrund des Quorums in Amt und Mandat gekommen zu sein. Zudem lehnen wir die Zwangsmitgliedschaft von weiblichen CDU-Mitgliedern in der Frauenunion ab.

#### **6.1 Allgemein: Mitglieder mehr beteiligen.**

Die Mitglieder der CDU und der JU wollen nicht nur Informationen empfangen, sondern wollen auch selber ihre Meinung kund tun und damit etwas bewirken. Allerdings haben nicht alle die Zeit und Lust um sich an langwierigen Prozessen zu beteiligen. Deshalb müssen Instrumente gefunden werden, um die Mitglieder häufiger und schneller an Willensbildungen zu beteiligen. Regional- und Telefonkonferenzen reichen dafür nicht aus.

#### **6.2 Konkret: Schnell-Umfragen per Mail etablieren.**

Ein-Themen-Newsletter bieten die Möglichkeit um Schnell-Umfragen bei den Mitgliedern per Mail durchzuführen. Mit einfachen Antwortmöglichkeiten können so die Basismeinungen z.B. monatlich ernst genommen werden. Gleichzeitig kann so eine breite Basis die politische Ausrichtung der CDU NRW mitgestalten.

## **Nichtraucherschutz in NRW – Eigenverantwortung der Menschen statt Reglementierung und Bevormundung**

Am 1. Januar 2008 ist das Nichtraucherschutzgesetz Nordrhein-Westfalen in Kraft getreten, das für Gaststätten seit dem 1. Juli 2008 gilt. Mit Wirkung vom 18. Juli 2009 wurde das Gesetz um Regelungen zu den so genannten Raucherkneipen ergänzt.

Vor 2008 – also nach jahrzehntelanger Regierungsverantwortung von SPD und auch der Grünen – gab es in Nordrhein-Westfalen keinen gesetzlichen Nichtraucherschutz. In öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Bahnhöfen oder Krankenhäusern durfte bis dahin überall geraucht werden. Ein Zustand, den die CDU mit der Verabschiedung des Nichtraucherschutzgesetzes im Landtag geändert hat. Dabei wurde für den Bereich der Gaststätten ein fairer Ausgleich zwischen den Interessen von Nichtrauchern und Rauchern sichergestellt. Dazu zählt beispielsweise das Rauchverbot in Speiselokalen oder auf Saalveranstaltungen.

Die Junge Union NRW begrüßt das unter Regierungsverantwortung der CDU im Jahre 2008 geschaffene Gesetz, mit dem erstmals in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen der Nichtraucherschutz gesetzlich verankert worden ist. Die CDU hat mit ihrem Gesetz den Einklang zwischen dem Gesundheitsschutz einerseits und den individuellen Lebensbedürfnissen und Lebensweisen der Bürgerinnen und Bürger andererseits hergestellt.

Die von SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen beabsichtigte Änderung des Nichtraucherschutzgesetzes, welche im Wesentlichen ein uneingeschränktes Rauchverbot im Bereich von Gaststätten sowie die Aufhebung von Ausnahmen für Brauchtumsveranstaltungen, Festzelte und Raucherclubs umfassen, lehnt die Junge Union NRW ab. Mit den geplanten Änderungen des Gesetzes fördert Rot-Grün das Kneipensterben und setzt tausende Arbeitsplätze in den Gaststätten aufs Spiel. Zudem schaden SPD und Grüne massiv dem Brauchtum in unserem Land, denn von den geplanten gesetzlichen Regelungen sind neben den Gaststätten auch Brauchtumsveranstaltungen wie Schützenfeste oder große Volksfeste betroffen. Viele ehrenamtlich engagierte Menschen werden durch die rot-grüne Regelungswut verprellt.

Wir setzen auf die Eigenverantwortung der Menschen und das Selbstbestimmungsrecht der Bürger und nicht auf staatliche Reglementierung und Bevormundung. Es ist nicht die Aufgabe der Politik oder des Staates, die Menschen per Gesetz zu erziehen. Wir vertrauen im Gegensatz zu Rot-Grün auf mündige und eigenverantwortliche Bürger, die selbst entscheiden sollen. Die Junge Union NRW fordert daher die Landesregierung auf, die geplante Änderung des Nichtraucherschutzgesetzes zurückzunehmen und die ständige Gängelung der Menschen in unserem Land zu unterlassen. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die Aufklärung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen des Schulunterrichts, die dazu beiträgt, dass gerade jungen Menschen schon frühzeitig die Gefahren des Rauchens vor Augen geführt werden.

## **Fankultur statt Stehplatzverbot**

Nach den jüngsten Ausschreitungen in deutschen Fußballstadien wird zurzeit wieder intensiv über die Gewaltbereitschaft von Zuschauern diskutiert.

Zweifelsohne müssen die wenigen unverbesserlichen Chaoten, die sich und andere durch ihr Fehlverhalten in Gefahr bringen, bestraft werden. Die Sicherheit der Zuschauer im Stadion, unter denen sich auch viele Kinder und Jugendliche befinden, hat oberste Priorität. Wir halten in diesem Zusammenhang aber nichts von einer Kollektivbestrafung derjenigen Fußballfans, die an den Wochenenden in die deutschen Stadien pilgern, um dort ihr Mannschaft friedlich zu unterstützen.

Für die Junge Union NRW steht fest: Die Stehplätze in unseren Fußballstadien sind elementarer Bestandteil der Fankultur in Deutschland und müssen im Interesse des Volkssports Nr. 1 erhalten bleiben. Zumal wir keinen direkten Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein von Stehplätzen und der Gewaltbereitschaft einiger weniger Zuschauer sehen. Ohne diese ausgeprägte Fankultur würde der Fußball an Attraktivität und Anziehungskraft verlieren, was wir verhindern wollen.

Die Junge Union NRW lehnt daher ein generelles Verbot von Stehplätzen in deutschen Fußballstadien ab und fordert die Landesregierung auf, sich auf allen Ebenen für die Beibehaltung von Stehplätzen einzusetzen.

## **Vergabeverfahren für NRW-Tage und Summer JU optimieren**

Der NRW-Tag beauftragt den Landesvorstand zu prüfen, inwieweit die Vergabeverfahren für NRW-Tage und die Summer JU optimiert werden können.